

Facetten des deutschen Euroskeptizismus: Eine qualitative Analyse der deutschen Wahlprogramme zur Europawahl 2014

Jörn Ketelhut, Angelika Kretschmer, Marcel Lewandowsky und Léa Roger

Die Europäische Union (EU) hat seit den 1990er Jahren mit Akzeptanzschwierigkeiten zu kämpfen: Entscheidungen aus Brüssel, Straßburg oder Luxemburg stoßen in den EU-Mitgliedstaaten zunehmend auf Unverständnis und rufen bisweilen harsche Reaktionen hervor. Von einem „permissive consensus“ in der Bevölkerung über den Fortgang des supranationalen Integrationsprojekts kann nicht mehr die Rede sein. Von Demokratie- und Legitimationsdefiziten wird ebenso oft gesprochen wie von der bedrohlichen Machtfülle der EU. In vielen Ländern haben politische Parteien das gesellschaftliche Unbehagen gegenüber der EU aufgegriffen und zum Thema gemacht. Ihr Ziel besteht – überspitzt formuliert – darin, die als undemokratisch empfundene „Fremdherrschaft“ der „Brüsseler Eurokraten“ zu beenden. Die Literatur hat für diese politische Richtung den Begriff „Euroskeptizismus“ geprägt.

Mittlerweile ist der Euroskeptizismus auch im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Besonders deutlich lässt sich dies am raschen Aufstieg der Alternative für Deutschland (AfD) zeigen.¹ Vorbehalte gegenüber der EU bringen aber auch andere Parteien zum Ausdruck. In inhaltlicher und rhetorischer Hinsicht grenzen sie sich jedoch von den Äußerungen der AfD deutlich ab. Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Ihr Ziel soll es sein, die verschiedenen Formen, in denen der deutsche Euroskeptizismus sowohl politisch-thematisch als auch sprachlich-rhetorisch in Erscheinung tritt, möglichst trennscharf herauszuarbeiten, und zwar auf eine Weise, die direkt beim empirischen Material ansetzt. Zu diesem Zweck wird der Blick auf die Programme gerichtet, mit denen die deutschen Parteien in den Europawahlkampf 2014 gezogen sind. An ihrem Beispiel soll untersucht werden, wie die Parteien sich im aktuellen Anti-EU-Diskurs positionieren.

1. Euroskeptizismus: Einige kritische Anmerkungen zum Stand der Forschung

Der Begriff des Euroskeptizismus hat lange Zeit jenseits des angelsächsischen Sprachraumes kaum Verwendung gefunden. Von Großbritannien ausgehend zeichnet zuletzt *Florian Hartleb* die Entwicklung einer überschaubaren Forschungsdebatte nach.² Sie weist zwei größere Diskussionsstränge auf: Der eine fragt grundsätzlich danach, ob der Begriff überhaupt einen Mehrwert für die wissenschaftliche Forschung besitzt, der andere beschäftigt sich mit dem Inhalt und der Reichweite des Konzepts. Die Debatte ist bis heute nicht abgeschlossen. Nach wie vor bereitet es Schwierigkeiten, mit dem Begriff des Euroskeptizis-

1 Zur AfD liegt inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen vor. Siehe hierzu statt vieler den Literaturbericht von *Marcel Lewandowsky*, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: ZPol, 25. Jg. (2015) H. 1, S. 119 – 134. Siehe auch den Beitrag von *Oskar Niedermayer* und *Jürgen Hofrichter* in diesem Heft der ZParl.

2 Vgl. *Florian Hartleb*, Die euroskeptische Parteienfamilie, in: *Uwe Jun / Benjamin Höhne* (Hrsg.), Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen 2012, S. 302 – 325, S. 304 – 307.

mus zu arbeiten.³ Dies liegt nicht zuletzt daran, dass mit ihm völlig unterschiedliche Phänomene bezeichnet werden, die in der Ablehnung der EU, ihrer Institutionen und ihres Handelns wurzeln. Der Wesenskern des Konzepts bleibt damit im Unklaren. Auch die wegweisenden Arbeiten, die insbesondere *Nick Sitter*, *Aleks Szczerbiak*, *Paul Taggart*, *Petr Kopecký* und *Cas Mudde* in den vergangenen Jahren vorgelegt haben, ändern daran nur wenig.⁴ Auch sie geben keine erschöpfende Auskunft darüber, was das Konzept in politisch-programmatischer Hinsicht eigentlich auszeichnet.

Obwohl die theoretische Debatte derzeit noch erhebliche Defizite aufweist, drängt sich die Untersuchung des Phänomens Euroskeptizismus der Forschung geradezu auf: Die Kritik an der EU hat sich in allen Mitgliedstaaten seit der Debatte über das vielbeklagte „Demokratiedefizit“⁵ in den 1990er Jahren und jüngst im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem inhaltlich ausgefächerten politischen Diskurs entwickelt. Die Sichtweisen und Argumente, die dabei aufeinandertreffen, weisen eine beträchtliche Bandbreite auf: Für Parteien des rechts-konservativen Spektrums erscheint die EU bisweilen als eine Bedrohung der nationalstaatlichen Souveränität, weshalb sie die gemeinschaftlichen Institutionen in ihren Kompetenzen beschneiden wollen.⁶ Auch die Abkehr vom „Brüsseler Zentralismus“ ist in diesem Zusammenhang eine oft erhobene Forderung.⁷ Vereinzelt wird zum Schutze der nationalen Souveränität sogar der Austritt aus der EU ins Spiel gebracht.⁸ Parteien des linken Spektrums hingegen bemängeln die unzureichenden demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Sie sehen zudem in der voranschreitenden Marktliberalisierung eine Gefahr für die nationalen Sozialstandards. Regionalparteien verbinden ihre Kritik an der EU nicht selten mit der Forderung nach einer strikten Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips.

Neben politisch-institutionellen Faktoren zeichnet sich der Anti-EU-Diskurs in vielen Ländern auch durch eine kulturelle Komponente aus. Gerade Rechtspopulisten äußern sich in diesem Zusammenhang immer wieder. Ihr Ansinnen ist es, das „Haus Europa“ gegen eine von der EU initiierte Massenzuwanderung kulturell „Fremder“ abzuschotten, so dass

3 Vgl. *Chris Flood*, Euroscepticism: A Problematic Concept, Paper anlässlich der 32. UACES Annual Conference, Belfast, 2. bis 4. September 2002, S. 2, <http://www.uaces.org/documents/papers/0201/flood.pdf> (Abruf am 18. Mai 2016).

4 Vgl. *Paul Taggart / Aleks Szczerbiak*, Parties, Positions and Europe: Euroscepticism in the EU Candidate States of Central and Eastern Europe. OERN Working Paper Nr. 2, Brighton 2001; *Aleks Szczerbiak / Paul Taggart*, Theorising Party-Based Euroscepticism: Problems of Definition, Measurement and Causality, Paper anlässlich der 8. Biannual International Conference of the European Union Studies Association Conference, Nashville, 27. bis 29. März 2003, S. 1 – 18; *Nick Sitter*, Euro-Scepticism as Party Strategy: Persistence and Change in Party-Based Opposition to European Integration, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 32. Jg. (2003), H. 3, S. 239 – 253, S. 245; *Petr Kopecký / Cas Mudde*, The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: *European Union Politics*, 3. Jg. (2002), H. 3, S. 297 – 326, S. 300.

5 Vgl. *Florian Grotz / Angelika Kretschmer*, Europäische Union (EU), in: *Andreas Grimm / Cord Jakobitz* (Hrsg.), Regionale Integration, Baden-Baden 2015, S. 111 – 145, S. 141.

6 Vgl. *Chris Flood*, a.a.O. (Fn. 3), S. 5.

7 Vgl. *Frank Decker*, Vereint gegen Europa, in: *Berliner Republik*, 15. Jg. (2014), H. 2, S. 26 – 28, S. 27.

8 Vgl. beispielsweise *Partij voor de Vrijheid*, Verkiezingsprogramma Europees Parlement 2014, 28. März 2014, S. 1.

es seinen „christlich-abendländischen“ Charakter bewahren kann.⁹ Im Zuge der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich zudem eine ökonomische Kritik an der EU herausgebildet, die ebenfalls kulturell eingefärbt ist. Sie zielt nämlich nicht nur auf das vermeintlich schlechte Krisenmanagement der Entscheidungsträger auf europäischer und nationaler Ebene ab. Der Vorschlag, die in Haushaltsnotlage geratenen Staaten des Südens aus dem Euroraum auszuschließen, transportiert auch die aus dem kulturellen Kontext stammenden Ressentiments gegenüber „faulen Griechen“ oder „korrupten Italienern“.

2. Der Euroskeptizismus der deutschen Parteien: Problemaufriss und Forschungsansatz

2.1. Problemaufriss

Mit dem Begriff des Euroskeptizismus, so haben die vorangegangenen Ausführungen gezeigt, werden unterschiedlich ausgeprägte Formen einer kritisch-distanzierten oder offen ablehnenden Haltung gegenüber der EU bezeichnet. Eine allseits anerkannte Definition des Konzepts gibt es aber nicht.¹⁰ Auch ist es bislang noch nicht gelungen, präzise herauszuarbeiten, was den Euroskeptizismus in ideologischer Hinsicht eigentlich ausmacht und wie er sich von anderen Arten, Kritik an der EU zu üben, abgrenzt.¹¹ Die vorliegende Untersuchung möchte einen Beitrag dazu leisten, diese Forschungslücke zu schließen. Dazu soll die materielle, das heißt ideologisch-programmatische Dimension des Konzepts stärker als bisher in den Fokus gerückt werden. Euroskeptizismus erschöpft sich unserer Ansicht nach nicht in einem diffusen Unbehagen gegenüber der EU. Die Ablehnung, die dem europäischen Projekt entgegenschlägt, bezieht sich vielmehr auf konkrete thematische Felder. Diese gilt es ausfindig zu machen und zu benennen. Dabei muss jedoch Folgendes beachtet werden: Nicht jede EU-Kritik ist zwangsläufig auch Ausdruck einer euroskeptischen Einstellung. Selbst glühende Integrationsbefürworter bringen ihre Unzufriedenheit mit den Entscheidungen oder Funktionsmechanismen der EU immer wieder zum Ausdruck. Mit dieser Kritikform hat der Euroskeptizismus aber nichts gemein. Er zeichnet sich vielmehr dadurch aus, dass er die EU als Bedrohung wahrnimmt. Es geht ihm darum, die Gefahrenlagen, die von der europäischen Ebene ausgehen, publik zu machen und ihnen in der politischen Debatte rhetorisch-argumentativ zu begegnen. Neben die thematische Dimension rückt somit eine sprachliche. Sie gibt Auskunft darüber, wie der Euroskeptizismus seine Anliegen vorträgt und mit welchen Kampfbegriffen, Wortbildern und Assoziationen operiert, um seine Botschaft zu transportieren. Sowohl die Gefahrenwahrnehmung als auch die sprachliche Präsentation der Bedrohungsszenarien können erheblich voneinander ab-

9 Marcel Lewandowsky, Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Christian Krell / Tobias Mörschel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 389 – 411, S. 393.

10 Vgl. Thomas Oberkirch / Joachim Schild, Wachsender Euroskeptizismus – Anatomie eines Phänomens, Arbeitspapier zur Europäischen Integration Nr. 6, Universität Trier 2010, S. 9, https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POL/Mitarbeiter/Schild_Joachim/Arbeitspapiere_Europ%C3%A4ische_Integration/Oberkirch_Schild_2010_Euroskeptizismus_AEI_nr6.pdf (Abruf am 18. Mai 2016).

11 Vgl. Sofia Vasilopoulou, Continuity and Change in the Study of Euroscepticism. Plus ça change?, in: Journal of Common Market Studies, 51. Jg. (2013), H. 1, S. 153 – 168.

weichen. Euroskeptizismus ist, wie eingangs erwähnt, ein vielschichtiges Phänomen. Nicht jede Partei, die sich in Frontstellung zur EU begibt, muss das auf dieselbe Art und Weise tun. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Wahrnehmung potenzieller Gefahrenherde und die damit einhergehende Wahl rhetorisch-argumentativer Stilmittel in einem engen Zusammenhang mit den jeweiligen politisch-ideologischen Grundhaltungen stehen. Kombiniert man in der Analyse die thematische mit der sprachlichen Dimension, so lässt sich eine heuristische Matrix konstruieren, die es erlaubt, die verschiedenen Erscheinungsformen des Euroskeptizismus näher zu bestimmen. Eine solche Systematisierung soll hier für die deutschen Parteien vorgenommen werden.

Deutschland ist in der Euroskeptizismus-Forschung lange Zeit nur am Rand behandelt worden, da Parteien mit einer prononcierten Anti-EU-Agenda hier über Jahrzehnte hinweg keine Rolle gespielt haben.¹² Der von dem Gegner des Maastricht-Vertrags *Martin Brunner* gegründete Bund Freier Bürger (BFB) und die von *Bolko Hoffmann* ins Leben gerufene Initiative Pro D-Mark (Pro DM), später als Pro Deutsche Mitte bekannt, verschwanden, ohne nennenswerte Wahlerfolge erzielt zu haben. Zudem war die Auseinandersetzung der etablierten Parteien von einer ausgesprochen pro-europäischen Grundhaltung gekennzeichnet.¹³ In der Bevölkerung hingegen kann man schon seit Längerem ein gewisses Unbehagen gegenüber der EU beobachten. Eurobarometer-Untersuchungen zeigen, dass die Unterstützung des europäischen Projekts seit den 1990er Jahren merklich nachgelassen hat.¹⁴ Durch die EU-Finanz- und Währungskrise sind die Vorbehalte noch verstärkt worden. Die AfD hat die euroskeptische Haltung in der Bevölkerung für sich nutzen können. Ursprünglich gegründet, um der Forderung nach einer geordneten Auflösung des europäischen Währungsraums eine politische Heimstatt zu geben¹⁵, hat die AfD sich mittlerweile zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt, der es unter anderem mit einer Anti-EU-Agenda und einer Ablehnung der deutschen Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik gelungen ist, bei Landtags- und Europawahlen beachtliche Erfolge zu erzielen.¹⁶

Durch den Aufstieg der AfD ist die öffentliche EU-Debatte in Deutschland verändert worden: Immer häufiger werden nicht mehr die Chancen sondern die Risiken der europä-

12 Vgl. *Marc Becker*, Euroskeptizismus bundesdeutscher Parteien, Forum Demokratieforschung, Working Paper Nr. 6, Philips-Universität-Marburg 2014, S. 23.

13 *Aleks Szczerbiak* / *Paul Taggart*, Conclusion: Opposing Europe? Three Patterns of Party Competition over Europe, in: *dies.* (Hrsg.), *Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism*, Oxford 2008, S. 348 – 368, S. 351.

14 Vgl. *Siegfried Schieder*, Germany: Problematising Europe, or Evidence of an Emergent Euroscepticism, in: *Robert Harmsen* / *Joachim Schild* (Hrsg.), *Debating Europe. The 2009 European Parliament Elections and Beyond*, Baden-Baden 2011, S. 33 – 50, S. 35.

15 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: *ZParl*, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 94 – 112, S. 96; *Aiko Wagner* / *Marcel Lewandowsky* / *Heiko Giebler*, Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014, in: *Michael Kaeding* / *Niko Switek* (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 137 – 148.

16 Vgl. *Nicole Berbuir* / *Marcel Lewandowsky* / *Jasmin Siri*, The AfD and Its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics*, 24. Jg. (2015) H. 2, S. 154 – 178; *Marcel Lewandowsky* / *Heiko Giebler* / *Aiko Wagner*, Rechtspopulismus in Deutschland: Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD, in: *PVS*, 57. Jg. (2016) H. 2, S. 247 – 275.

ischen Integration thematisiert.¹⁷ Auch die etablierten Parteien stimmen in dieses Lied mit ein. Vor allem auf der bürgerlich-konservativen Seite des Parteienspektrums wird die EU bisweilen als Gefahr betrachtet, weil sie das tradierte politische Ordnungsmodell der Moderne, den souveränen Nationalstaat, in Bedrängnis bringt und – vor allem mit Blick auf die Maßnahmen zur Bewältigung der Finanz- und Währungs Krise – die Rechte des Parlaments untergräbt. In besonderer Weise sticht hier die CSU hervor. Aber auch der rechte Flügel der CDU schlägt in diese Kerbe. SPD und Grüne hingegen fürchten sich nicht allzu sehr vor angeblich drohenden Souveränitätsverlusten. Entsprechendes scheint auch für weite Teile der FDP zu gelten. Allerdings hat es dort eine kontroverse innerparteiliche Debatte über den Rückzug Deutschlands aus der Euro-Rettungsschirmpolitik gegeben. Ihr Initiator war der frühere Bundestagsabgeordnete *Frank Schäffler*. Der von ihm unterbreitete Vorschlag, die FDP-Mitglieder über die Frage entscheiden zu lassen, fand jedoch nicht das nötige Quorum. Schaut man auf die Partei Die Linke, so ergibt sich ein ambivalentes Bild: Einerseits lehnt sie sowohl die Marktliberalisierung als auch die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entschieden ab, andererseits befürwortet sie weitere Integrationsmaßnahmen, vor allem im sozialen Bereich.

2.2. Forschungsansatz und Methode

Die Untersuchung verfolgt einen induktiven Forschungsansatz. Ein solches Vorgehen, das mit dem Blick auf das empirische Material startet und mit einer Systematisierung der Einzelbeobachtungen endet, ist immer dann zu empfehlen, wenn es nur wenige gesicherte Erkenntnisse über das zu erforschende Phänomen gibt. Es geht also darum, auf dem Wege einer bestenfalls über Vorverständnisse gesteuerten Exploration begründete Aussagen über die Beschaffenheit eines Gegenstandes zu generieren. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, unmittelbar aus den Programmen, mit denen die Parteien 2014 in den Europawahlkampf gezogen sind, ein Kategoriensystem zu entwickeln, mit dem sich die materielle Dimension des deutschen Euroskeptizismus umreißen lässt. Die Aufbereitung und Auswertung des Materials erfolgt computergestützt mit Hilfe des Softwarepakets MAXQDA 11.

Europawahlprogramme bieten sich vor dem Hintergrund der Forschungsfrage als Untersuchungsgegenstände geradezu an: Sie geben in kompakter und prägnanter Form Auskunft darüber, wie eine Partei zum Prozess der europäischen Integration steht, welchen Leitbildern sie dabei folgt und wo sie konkret Reformbedarf sieht.¹⁸ Im Gegensatz zu anderen Verlautbarungen, zum Beispiel Reden, Pressemitteilungen oder Interviews, verkörpern Wahlprogramme, die in der Regel auf dem Wege demokratischer Meinungsbildung entstehen, den Mehrheitswillen der Partei. Sie sind eben nicht Ausdruck einer individuellen Haltung, sondern legen offiziell die Punkte fest, mit denen die Partei an die Öffentlichkeit tritt und sich dem politischen Wettbewerb stellt. Wahlprogramme wollen überzeugen, dienen

17 Vgl. *Klaus Busch / Wilhelm Knelangen*, German Euroscepticism, in: *Robert Harmsen / Menno Spiering* (Hrsg.), *Euroscepticism: Party Politics, National Identity and European Integration*, Amsterdam / New York 2004, S. 83 – 98, S. 85 f.

18 So auch das Vorgehen bei *Morten Pieper / Stefan Hausner / Michael Kaeding*, Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2014, in: *Michael Kaeding / Niko Switek* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 15), S. 149 – 160.

Tabelle 1: Amtliches Ergebnis der Europawahl 2014 in Deutschland

Partei	Gültige Stimmen	Prozent	Sitze
Christlich Demokratische Union (CDU)	8.812.653	30,0	29
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	8.003.628	27,3	27
Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)	3.139.274	10,7	11
Die Linke (Linke)	2.168.455	7,4	7
Alternative für Deutschland (AfD)	2.070.014	7,1	7
Christlich-Soziale Union (CSU)	1.567.448	5,3	5
Freie Demokratische Partei (FDP)	986.841	3,4	3
Freie Wähler (FW)	428.800	1,5	1
Piratenpartei Deutschland (Piraten)	425.044	1,4	1
Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutz)	366.598	1,2	1
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	301.139	1,0	1
Familien-Partei Deutschlands (Familie)	202.803	0,7	1
Ökologisch-Demokratische Partei (ödp)	185.244	0,6	1
Die Partei (Partei)	184.709	0,6	1
andere	513.442	1,7	0
Σ	29.355.092	99,9	96

Anmerkung: Rundungsbedingte Differenzen bei den Prozentanteilen.
Quelle: Bundeswahlleiter.

aber auch der Abgrenzung. In ihnen definieren die Parteien ihre politischen Ziele und zeigen auf, wie ihre Vorstellungen sich von denen anderer Mitbewerber auf dem Wählerstimmenmarkt unterscheiden. Dies gilt selbstverständlich auch bei Europawahlen.

Allerdings können hier nicht alle Programme untersucht werden. Sowohl aus arbeitsökonomischen Gründen als auch unter Relevanzgesichtspunkten ist eine Auswahl unabdingbar. Sie erfolgt in zwei Schritten. Das erste Auswahlkriterium ist der Wahlerfolg. Berücksichtigt werden nur Programme von Parteien, die am 25. Mai 2014 mindestens einen der 96 deutschen Sitze im Europäischen Parlament errungen haben. Damit ist einerseits gewährleistet, dass der Fokus der Untersuchung auf Aussagen, Forderungen und Argumenten liegt, die in der Wählerschaft auf Resonanz gestoßen sind. Andererseits sorgt die niedrige Schwelle dafür, dass die Auswahl im Hinblick auf die Positionen der Parteien eine hinreichende Varianz aufweist. Insgesamt erfüllen 14 Parteien das Erfolgskriterium (vgl. Tabelle 1).

Im zweiten Schritt geht es darum, die Auswahl weiter einzuschränken. Eingang in die Untersuchung sollen nur solche Wahlprogramme finden, die die ablehnende Haltung gegenüber der EU mit der Forderung nach einem nationalen Korrektiv verbinden. Dieser konzeptionelle Filter wird aus folgenden Gründen gesetzt: Euroskeptizismus, so die hier vertretene Ansicht, erschöpft sich nicht im öffentlichen Anprangern etwaiger Fehlentwicklungen. Sein Wesenskern besteht darin, der EU die Problemlösungsfähigkeit abzuspüren, ihre inneren Reformpotenziale anzuzweifeln und unablässig Bedrohungsszenarien zu zeichnen. Um die Gefahren abzuwehren, die von der EU ausgehen, nimmt der Euroskeptizismus die Mitgliedstaaten in die Pflicht: Ihnen kommt die Aufgabe zu, der EU Paroli zu bieten und die Kontrolle über den Fortgang des Integrationsprozesses zurückzuerlangen.

Die Möglichkeiten dazu sind mannigfaltig: Sie können darin bestehen, künftigen Integrationsvorhaben eine Absage zu erteilen, bestimmte Politikfelder vor europäischer Einflussnahme konstitutionell zu schützen, die Rechte der nationalen Parlamente gegenüber der EU zu stärken oder auf die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zu drängen. Auch die Rückverlagerung von Kompetenzen, etwa in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, gehört zu diesem Katalog. Als schärfste Formen des Widerstandes kommen das Ignorieren europäischer Regelungen, der Rückzug aus den supranationalen Entscheidungsgremien oder sogar der Austritt aus der EU in Frage.

Der Euroskeptizismus-Begriff, der hier als Filterkriterium dient, bringt somit nicht nur Ressentiments gegenüber der EU zum Ausdruck; er transportiert gleichzeitig die romantisch verklärte Sehnsucht nach der Wiederherstellung souveräner Nationalstaatlichkeit. Legt man ihn an die Wahlprogramme an, wird die Zahl der Fälle deutlich reduziert: Obwohl die meisten Parteien, die einen Sitz im Europäischen Parlament erringen konnten, nicht mit Kritik an der EU sparen, fallen ihre Aussagen, Forderungen und Argumente aus dem oben skizzierten Muster.¹⁹ Lediglich in den Programmen der AfD, der NPD, der CSU und der Freien Wähler spiegelt er sich wider: Die AfD recurriert auf die „Selbstständigkeit der europäischen Staaten“²⁰, die sie von der EU bedroht sieht, die bei ihr als „bürgerferner Kunststaat“²¹ firmiert. Ebenfalls als euroskeptisch identifiziert wurde die NPD. Sie spricht von einer „Bevormundung“ Deutschlands durch den „totalitären Repressionsstaat“ EU.²² Die NPD fordert den Austritt der Bundesrepublik aus der EU, sollte diese nicht in einen Bund souveräner Staaten umgewandelt werden.²³ Die CSU geht mit ihren Forderungen längst nicht so weit. Sie macht sich allerdings dafür stark, die Kompetenzen der EU zu Gunsten der Regionen, lies: des Landes Bayern, massiv einzuschränken.²⁴ Für die Freien Wähler steht fest, dass die EU „Gesetze gegen den Willen der Bürger“ beschließt.²⁵ Zudem sehen sie das Subsidiaritätsprinzip durch eine „Allzuständigkeit“ der EU verletzt²⁶, weswegen sie eine Verringerung der EU-Kompetenzen zu Gunsten der Kommunen fordern.

Die ausgewählten Programme werden im nächsten Schritt der Untersuchung einer qualitativen Inhaltsanalyse unterzogen.²⁷ Zwei Dinge stehen dabei im Vordergrund: Es geht

19 Die Linke ist nach unserer Einstufung keine euroskeptische Partei. Sie übt in ihrem umfangreichen und nahezu enzyklopädisch daherkommenden Programm zwar fundamentale Kritik an der EU, insbesondere im Zusammenhang mit der Marktliberalisierung, sucht die Lösungen für die Probleme der EU aber nicht im nationalen Kontext. Im Gegenteil: Die Linke tritt für den Ausbau der europäischen Institutionen und Kompetenzen ein. Allerdings soll dabei ein Fokus auf der sozialen Einbindung des europäischen Integrationsprozesses liegen.

20 „Mut zu Deutschland. Für ein Europa der Vielfalt“, Europawahlprogramm der AfD, beschlossen auf dem AfD-Bundesparteitag am 22. März 2014, S. 13.

21 Ebenda, S. 25.

22 „Europa wählt rechts“, Europawahlprogramm der NPD, beschlossen vom NPD-Präsidium am 10. Januar 2014.

23 Vgl. ebenda, S. 11.

24 Vgl. „Europaplan Bayern“, Europawahlprogramm der CSU, beschlossen auf dem Kleinen Parteitag der CSU am 10. Mai 2014, S. 10.

25 „Europa bist du – misch dich ein!“, Europawahlprogramm der Freien Wähler, beschlossen von der Bundesversammlung der Freien Wähler am 29. März 2014, S. 9.

26 Ebenda, S. 8.

27 Vgl. *Philipp Mayring*, Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim / Basel 2008, S. 74 ff.

darum, (1) euroskeptische Positionen zu identifizieren und (2) die in diesem Zusammenhang einschlägigen Textstellen nach thematischen Gesichtspunkten zu codieren. Die Inhaltsanalyse durchläuft drei Arbeitsschritte: Zunächst werden alle Aussagen, Forderungen und Argumente, die unter den oben skizzierten Euroskeptizismus-Begriff fallen, in offener Form erfasst, unabhängig davon, welche Bereiche sie berühren. Die Systematisierung des so gewonnenen Materials erfolgt dann im zweiten Arbeitsschritt. Doch bevor die einzelnen Positionen nach thematischen Gesichtspunkten geordnet werden, muss Einvernehmen über die jeweils als „euroskeptisch“ identifizierten Textstellen erzielt werden. Dieser Zwischenschritt dient der Qualitätssicherung im Sinne von Intercoder-Reliabilität, soll also den Interpretationsprozess intersubjektiv nachvollziehbar machen und gewährleisten, dass nur mit Codierungen gearbeitet wird, deren Einstufung außer Zweifel steht. Im dritten und letzten Arbeitsschritt geht es darum, die Einzelkategorien weiter thematisch zu verdichten.

Die Inhaltsanalyse soll darüber hinaus Auskunft über die sprachliche Dimension des Euroskeptizismus geben. Die narrative Organisationssoziologie zeigt, dass es unangemessen ist, Texte – auch jene, die von Parteien in offiziellen Verfahren verabschiedet werden – nur auf ihren Inhalt zu verkürzen.²⁸ Vielmehr muss der Blick auch darauf gerichtet werden, wie etwas gesagt wird.²⁹ Es wird erwartet, dass die Untersuchung der sprachlichen Ebene eine ideologische Einfärbung der in den Wahlprogrammen enthaltenen Aussagen, Forderungen und Argumente erkennen lässt, die aus den thematischen Kategorien allein nicht hervorgeht.

3. Darstellung und Diskussion der Befunde

3.1. Das Themenspektrum der euroskeptischen Kritik

Um die thematische Bandbreite des deutschen Anti-EU-Diskurses zu ermitteln, wurde ein Kategoriensystem entwickelt, dem 164 Textstellen aus den untersuchten Wahlprogrammen zu Grunde liegen. Bei den Textstellen handelt es sich um ganze Sätze, einzelne Satzbestandteile oder auch längere Absätze, die von uns als Ausdruck einer euroskeptischen Haltung identifiziert und nach thematischen Gesichtspunkten codiert worden sind. Insgesamt haben sich durch die Aufbereitung, Interpretation und Verdichtung des empirischen Materials 15 übergeordnete Kategorien (Codes) herausgebildet, die im letzten Schritt der Untersuchung zu vier großen Themenfeldern zusammengefasst wurden. Der deutsche Euroskeptizismus konzentriert sich demnach auf die Binnenstrukturen der EU (I), das Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten (II), Fragen der Identität und Kultur im fortschreitenden Prozess der europäischen Integration (III) und die Lasten, die Deutsch-

28 Als inspirierend für die vorliegenden Ausführungen kann die Arbeit von *Barbara Czarniawska* angesehen werden. Vgl. *Barbara Czarniawska*, *Narrating the Organization. Dramas of Institutional Identity*, Chicago / London 1997. Zur Anwendung beispielsweise in der Parteiensoziologie siehe *Jasmin Siri*, *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*, Wiesbaden 2012.

29 Das Wahlprogramm sowie andere programmatische Texte der AfD wurden an anderer Stelle diesem Verfahren unterzogen. Dabei ging es ausschließlich um die außenpolitischen Positionen der Partei. Vgl. *Marcel Lewandowsky*, *Die Verteidigung der Nation: Außen- und europapolitische Positionen der AfD im Spiegel des Rechtspopulismus*, in: *Alexander Häusler* (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland. Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden 2016, S. 39 – 51.

Tabelle 2: Themenfelder und Einzelkategorien

Themenfeld	Kategorie	Zahl der Textstellen	Prozent
I Binnenstruktur der EU	Abkehr vom Zentralismus	5	27
	Bürokratieabbau	11	
	Demokratiedefizit	24	
	Intransparente Verfahren	5	
		45	
II Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten	Einfordern des Subsidiaritätsprinzips	32	33
	Erhalt der Staatlichkeit	11	
	Rückverlagerung von Kompetenzen	4	
	Zuständigkeitsstopp	7	
		54	
III Identität und Kultur	„Abendländischer Kulturkosmos“	4	9
	Ablehnung der EU-Erweiterung	6	
	Restriktive Zuwanderungspolitik	4	
		14	
IV Wirtschaft und Finanzen	Ablehnung der Schulden- und Haftungsunion	20	31
	Ablehnung der Sozialunion	7	
	Gefahren durch gemeinsame Währung	19	
	Schutz der deutschen Wirtschaft	5	
		51	
Gesamt		164	100

Anmerkung: Rundungsbedingte Differenzen bei den Prozentanteilen.
Quelle: Eigene Zusammenstellung.

land aus der Wirtschafts- und Währungsunion erwachsen (IV). Einige der thematischen Aspekte treten im Kategoriensystem besonders stark hervor (siehe Tabelle 2).

Beispielsweise macht sich die Kritik an den Binnenstrukturen der EU vor allem in der Forderung nach Bürokratieabbau und dem Beklagen eines Demokratiedefizits bemerkbar: Von der EU wird das Bild eines unkontrolliert und ineffizient arbeitenden Verwaltungsapparates gezeichnet, der für Überregulierung und Verschwendung verantwortlich ist. Auch in anderen Themenfeldern lässt sich eine argumentative Schwerpunktbildung beobachten. Wirft man einen Blick auf die Kategorien, die das Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten beschreiben, wird deutlich, dass es hier vor allem um die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und den Erhalt der souveränen Staatlichkeit geht. Hinter beiden Kategorien steht letztendlich das Ansinnen, den Einfluss der europäischen Ebene sukzessive zurückzudrängen, um mehr Aufgaben wieder im nationalen oder regionalen Kontext erledigen zu können. Auch im Feld Wirtschaft und Finanzen stechen zwei Kategorien hervor: die Ablehnung einer Schulden- und Haftungsunion sowie der Hinweis auf die Gefahren, die sich aus der gemeinsamen Währung ergeben. In beiden Aspekten manifestiert sich ein tiefes Misstrauen gegenüber den Institutionen und Maßnahmen, mit denen die EU versucht, auf die Eurokrise zu reagieren. Etwas anders sieht die Verteilung bei Identität und Kultur aus. Hier gibt es keine deutlich erkennbare Schwerpunktbildung. Inhaltlich rücken

die Kategorien die verschiedenen Gefahren in den Mittelpunkt, die sich aus einer schrankenlosen Zuwanderung für den Bestand der europäisch-abendländischen Kultur und das Zusammengehörigkeitsgefühl der in den EU-Staaten angestammt lebenden Menschen ergeben.

Vergleicht man die vier Themenfelder, fällt auf, dass die meisten der ins Kategoriensystem eingeflossenen Textstellen sich mit dem Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten auseinandersetzen. Ein Drittel der von uns identifizierten euroskeptischen Äußerungen ballt sich hier. Zudem zeigt sich, dass dieses Feld in inhaltlicher Hinsicht äußerst kompakt aufgestellt ist. Die vier Kategorien liegen thematisch so dicht beieinander, dass sie in der Tat als ein einziger, homogener Sinnzusammenhang in Erscheinung treten: Unabhängig davon, welchen Gegenstand sie im Einzelnen auch ansprechen – Subsidiarität, Erhalt der Staatlichkeit, Kompetenzrückbau, Zuständigkeitsstopp –, beschäftigen sich alle im Kern damit, die Handlungsmöglichkeiten der EU einzuschränken und die Autonomie der nationalen beziehungsweise regionalen Ebene wieder zu stärken. In gewisser Weise stellt der deutsche Euroskeptizismus hier die Instrumente vor, die er einzusetzen gedenkt, um seine politischen Ziele zu erreichen.

Das Kategoriensystem gibt nicht nur einen Überblick über die inhaltlichen Aspekte, die Gegenstand der euroskeptischen Kritik sind; es erlaubt auch, die Positionen der Parteien

Tabelle 3: Häufigkeiten euroskeptischer Positionen nach Parteien

Codesystem	Anzahl der Fundstellen nach Parteiprogrammen			
	Freie Wähler	CSU	AfD	NPD
(I) Binnenstruktur der EU				
Abkehr vom Zentralismus	–	1	2	2
Bürokratieabbau	3	5	3	–
Demokratiedefizit	5	3	8	8
Intransparente Verfahren	3	1	1	–
(II) Verhältnis zwischen EU und Mitgliedstaaten				
Einfordern des Subsidiaritätsprinzips	7	14	9	2
Erhalt der Staatlichkeit	–	2	7	2
Rückverlagerung von Kompetenzen	–	2	–	2
Zuständigkeitsstopp	1	3	2	1
(III) Identität & Kultur				
„Abendländischer Kulturkosmos“	–	–	–	4
Ablehnung der EU-Erweiterung	–	3	1	2
Restriktive Zuwanderungspolitik	–	1	–	3
(IV) Wirtschaft und Finanzen				
Ablehnung der Schulden- und Haftungsunion	1	4	6	9
Ablehnung der Sozialunion	–	2	3	2
Gefahr durch gemeinsame Währung	–	1	14	4
Schutz der deutschen Wirtschaft	1	2	–	2

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

innerhalb des Themenspektrums näher zu bestimmen. Dabei wird deutlich, dass die Parteien bestimmte Einzelkategorien besonders oft in den Fokus rücken (siehe Tabelle 3).

Am stärksten besetzt ist bei den Freien Wählern und der CSU gleichermaßen die Forderung nach der strikten Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Bei der AfD sieht es etwas anders aus: Zwar setzt auch sie sich für den Subsidiaritätsgedanken ein, aber am häufigsten weist sie in ihrem Wahlprogramm auf die Gefahren der gemeinsamen Währung hin. Der Spitzenwert der NPD liegt ebenfalls im Feld Wirtschaft und Finanzen: Die NPD bringt besonders oft zum Ausdruck, dass sie eine Schulden- und Haftungsunion vehement ablehnt. Dicht gefolgt wird dieser Punkt von Äußerungen, die auf das europäische Demokratiedefizit anspielen.

Die Freien Wähler

Sie konzentrieren ihre Kritik auf wenige Gegenstände. Für sie spielen neben dem Subsidiaritätsprinzip, das von ihnen als Waffe gegen Kompetenzverlagerungen in Stellung gebracht wird, vor allem Fragen eine Rolle, die die Binnenstrukturen der EU betreffen. Um dem europäischen Demokratiedefizit zu begegnen, Bürokratie, Lobbyismus sowie Überregulierung, die dem Mittelstand schade, abzubauen und die Entscheidungsprozesse der EU insgesamt schlanker und nachvollziehbarer zu gestalten, treten die Freien Wähler für mehr Partizipationsrechte ein und nehmen damit die souveränen Bürger in die Pflicht. Bereits der Titel ihres Programms macht dies deutlich: „Europa bist du – misch dich ein!“. Für die Freien Wähler darf die EU nicht länger anderen, das heißt EU-Beamten und Lobbyisten, überlassen werden. Sie gehöre vielmehr in die Hände der Bürger. Aus diesem Grund fordern sie einen massiven Ausbau der direkten Demokratie. Flankierend treten sie dafür ein, den politischen Gestaltungsspielraum der Kommunen und Regionen zu erweitern. Ängste vor kultureller Entfremdung durch Zuwanderung oder Arbeitnehmerfreizügigkeit im EU-Binnenmarkt bringen die Freien Wähler nicht zum Ausdruck, und Fragen, die die Wirtschafts- und Währungsunion betreffen, werden bei ihnen nur am Rande diskutiert.

CSU

Sie bringt ihr europapolitisches Credo auf eine einfache Formel: Die CSU möchte „so viel Europa wie nötig und so viel Bayern wie möglich“ – kaum eine Stelle ihres Wahlprogramms, die dieses Leitmotiv nicht widerspiegelt. Um eine möglichst große Handlungsautonomie für Bayern zu erreichen, geht die CSU mit der EU auf breiter Basis ins Gericht. Nahezu jede Einzelkategorie findet in ihrem Wahlprogramm eine Entsprechung. Am schwächsten ausgeprägt ist dabei noch das Feld Identität und Kultur. Hier sind es vor allem Pläne, die die EU-Erweiterung betreffen, denen die CSU eine klare Absage erteilt. Ausdrücklich spricht sie sich gegen einen EU-Beitritt der Türkei aus. Anders als die Freien Wähler richtet sie ihre Aufmerksamkeit auch auf den Bereich Wirtschaft und Finanzen. Beispielsweise lässt sie keinen Zweifel daran, dass sie eine Vergemeinschaftung der Staatsschulden und andere kollektive Haftungsmechanismen kategorisch ablehnt. Die CSU warnt zudem vor einer unkontrollierten, der Freizügigkeit im EU-Binnenmarkt geschuldeten Einwanderung in die nationalen Sozialsysteme. Den Schwerpunkt ihrer Kritik bilden jedoch Fragen, die das Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten betreffen: Ähnlich wie die Freien Wähler plädiert die CSU für eine strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Zudem befürwortet sie einen weitreichenden Umbau des derzeitigen Kompetenzgefüges: Die EU soll ihrer Ansicht nach in nächster Zeit nicht mit neuen Aufgaben

betrachtet werden, vielmehr gehe es darum, zahlreiche Zuständigkeiten wieder in den Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten beziehungsweise der Regionen und Kommunen zurückzuführen. Um zu verhindern, dass die EU künftig jenseits der ihr ausdrücklich zugesprochenen Bereiche tätig wird, regt die CSU die Errichtung eines Kompetenzgerichtshofes an, dem ausschließlich Richter der nationalen Verfassungsgerichte angehören sollen. Flankierend dazu spricht sie sich dafür aus, den Ausschuss der Regionen über die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips wachen zu lassen. Darüber hinaus arbeitet sich die CSU auch an den Binnenstrukturen der EU ab. Eine der dringendsten Aufgaben, die in diesem Zusammenhang angegangen werden muss, ist nach ihrer Ansicht der Abbau der Bürokratie. Sie verfolgt hierbei einen äußerst umfassenden Ansatz: Der gesamte administrative Apparat der EU steht für sie zur Disposition. Die Reform, die ihr vorschwebt, soll Kosten reduzieren, die Abläufe effizienter gestalten, Überregulierung verhindern und die Transparenz der Entscheidungsverfahren gewährleisten.

AfD

Für sie spielt der Bereich Wirtschaft und Finanzen eine außerordentlich bedeutende Rolle. In besonderer Weise macht die AfD auf die Gefahren aufmerksam, die sich aus der ihrer Ansicht nach völlig fehlgeleiteten EU-Währungspolitik für die Bundesrepublik ergeben. Sie lehnt sämtliche Institutionen und Maßnahmen, mit denen die EU und die Länder der Eurozone derzeit versuchen, auf die ökonomischen und fiskalischen Herausforderungen zu reagieren, entschieden ab. Die AfD warnt an vielen Stellen ihres Wahlprogramms vor horrenden Kosten, die mit der Eurorettung verbunden seien. In diesem Zusammenhang spricht sie vor allem von den Lasten, die auf die deutschen Steuerzahler zukommen. Die Kritik der Partei macht hier aber nicht Halt; sie geht weiter und berührt dabei Grundsätzliches: Für die AfD ist die Währungsunion die Wurzel allen Übels. Der „Einheitseuro“ zerstöre die Grundlagen Europas, heißt es im Wahlprogramm. Er bewirke Streit und das Wiederaufleben nationaler Ressentiments. Die Gemeinschaftswährung gefährde den Frieden und den Wohlstand in den Ländern der Eurozone. Ihr sei es anzulasten, dass gegen fundamentale Prinzipien der EU, unter ihnen Subsidiarität, Wettbewerb im Binnenmarkt, Haftungsausschluss für Staatsschulden, Zentralbankautonomie und Rechtsstaatlichkeit, wiederholt und systematisch verstoßen werde. Aus diesem Grund tritt die AfD für eine geordnete Auflösung der Währungsunion ein. Ziel müsse es sein, dass jeder Mitgliedstaat der EU die Hoheit über die Finanz- und Geldpolitik wieder zurückerlangt. Ebenfalls intensiv setzt sich die AfD mit Fragen auseinander, die das Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten betreffen. Das Leitmotiv, das dabei erklingt, erzählt von einer EU der souveränen Staaten, in der wiederum ein „leistungsfähiges und selbstbewusstes Deutschland“ eine zentrale Rolle spielt. Wie die Freien Wähler und die CSU tritt die AfD für die strikte Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips ein. Entscheidungen sollen ihrer Ansicht nach nicht durch die Brüsseler Bürokratie zentral getroffen werden, sondern nah am Bürger und unter Berücksichtigung etwaiger nationaler Besonderheiten. Für die AfD wird eine solche Politik aber durch einen seit Jahrzehnten zu beobachtenden Prozess der schleichenden Kompetenzerweiterung hintertrieben. Dieser Entwicklung gelte es einen Riegel vorzuschieben. Um zu verhindern, dass die EU sich weiterhin durch eine expansive Anwendung und Auslegung der Gründungsverträge neue Handlungsfelder erschließt, schlägt die AfD die Errichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes vor. Darüber hinaus sollen die Parlamente der Mitgliedstaaten ein Vetorecht gegenüber Rechtsetzungsvorhaben der EU bekommen. Mit

Blick auf die Binnenstrukturen der EU setzt sich die AfD für eine Ausdehnung der direkten Demokratie ein, um die Menschen unmittelbar an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Ein Punkt sticht dabei besonders hervor: das „Bürger-Veto“. Mit ihm sollen innerhalb einer bestimmten Frist und bei Erreichen eines definierten Quorums EU-Rechtsakte blockiert werden können. Das Europawahlprogramm steht noch im Zeichen einer in der öffentlichen Debatte vor allem als euroskeptisch geltenden AfD. Nach dem Aschaffenburg-Parteitag 2014, den Landtagswahlen im selben Jahr sowie dem Bruch der Partei mit ihrer Führung um den damaligen Sprecher *Bernd Lucke* im Sommer 2015 schälte sich ein zunehmend rechtspopulistisches Profil heraus.³⁰ Die europapolitische Position der Partei hat sich indes qualitativ kaum gewandelt, spielt aber sowohl in der Selbstbeschreibung als auch in der Außendarstellung der Partei gegenüber anderen Themen (Flüchtlingspolitik, Islamkritik) eine zunehmend untergeordnete Rolle.

NPD

Die NPD setzt sich wie die AfD äußerst detailliert mit dem Bereich Wirtschaft und Finanzen auseinander. Auch sie richtet sich gegen die Institutionen und Maßnahmen, mit denen die EU und die Länder der Eurozone momentan versuchen, Herr der Währungs- und Schuldenkrise zu werden. Die Partei verlangt ein sofortiges Ende dieser Politik, die nach ihrer Ansicht die Prosperität der leistungsfähigeren EU-Mitgliedstaaten beeinträchtigt und dem deutschen Mittelstand sowie den Normal- und Kleinverdienern Lasten aufbürdet. Eine besondere „moralische Verantwortung“ der Bundesrepublik für die Finanzierung des gemeinschaftlichen Währungsraums kann die NPD nicht erkennen. Ihre Forderung lautet daher: Unverzüglicher Rückzug Deutschlands aus sämtlichen Eurorettungsprogrammen und der Griechenlandhilfe. Dabei belässt es die NPD aber nicht. Ihre Kritik berührt Grundsätzliches. Für sie ist das Projekt der Währungsunion von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen. Die gegenwärtige Krise zeige dies in aller Deutlichkeit. Sie liefere zudem eine „Chronik des Versagens“ der europäischen Institutionen und der „herrschenden politischen Klasse“. Die NPD verlangt deshalb die Auflösung der Währungsunion. Um dieses Ziel zu erreichen, macht sie sich für eine Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur D-Mark stark. Gefahren beinhalten nach Ansicht der Partei auch die Regelungen zur Ausgestaltung der Binnenmarktfreiheiten. Sie würden dazu beitragen, den Schutz des heimischen Gewerbes schleichend zu untergraben und bewährte deutsche Qualitätsstandards – auch im sozialen Bereich – außer Kraft zu setzen. In keinem guten Licht erscheinen bei der NPD auch die Binnenstrukturen der EU. Das Wahlprogramm findet drastische Worte: Die EU spiegele nicht mehr die Hoffnung auf eine demokratische, friedvolle Zukunft wider, sondern gebe sich immer mehr als eine „grenzüberschreitende, bürgerferne Super-Bürokratie mit totalitären Tendenzen“ zu erkennen. Massiver kann man Kritik nicht formulieren. Die NPD setzt sich für die sofortige Umwandlung der EU in einen „Bund souveräner, eigenverantwortlicher Staaten“ ein. Flankierend tritt die Forderung nach einem umfassenden Kompetenzrückbau hinzu, vor allem in sicherheitsrelevanten Belangen. Hierzu gehören bei der NPD auch die Asyl- und die Ausländerpolitik. Die „Generalabrechnung“ mit der EU geht aber noch weiter. Ihre ganze inhaltliche Tragweite offenbart sie im Feld Identität und Kultur: Die EU wird hier als eine existenzielle Bedrohung für die Viel-

30 Vgl. *Marcel Lewandowsky*, a.a.O. (Fn. 1).

falt und die Zukunft der europäischen Völker dargestellt. Die EU habe Tradition und Brauchtum den Kampf angesagt; sie nehme Europa in einem „multikulturellen Einheitswahn“ sein über Jahrhunderte gewachsenes „abendländisches Antlitz“. Weiterhin konzentriere die EU sich darauf, sexuelle und andere Randgruppen zu fördern, anstatt der traditionellen Familie mit Kindern Aufmerksamkeit zu schenken. Sie leiste damit bewusst einer „Bevölkerungsdezimierung“ Vorschub. Um die kulturelle Integrität Europas zu wahren und eine drohende Islamisierung abzuwenden, spricht sich die NPD gegen die Öffnung der EU-Grenzen für „Millionenheere an Armutsflüchtlingen und Asylbewerbern“ aus. Sie fordert darüber hinaus, die Verhandlungen über eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei sofort zu beenden.

3.2. Die Sprachbilder der euroskeptischen Kritik

Die inhaltliche Analyse ermöglicht eine Einordnung der Parteien entlang ihrer euroskeptischen Positionen. Diese beschreiben die materiellen Forderungen; erst die sprachliche Formulierung lässt Rückschlüsse auf die Europa-Bilder und damit auf den ideologischen Hintergrund der „Sprechenden“ zu (hier: der Parteien in Gestalt ihrer Wahlprogramme). In der Tat unterscheiden sich die Wahlprogramme, wie im folgenden Abschnitt gezeigt wird, auf sprachlicher Ebene: Es macht einen Unterschied, ob ähnliche Forderungen von den Freien Wählern oder der CSU, von AfD oder NPD formuliert werden. Die wesentlichen Unterschiede bestehen in der sprachlichen Einhegung und Verbildlichung der nationalen beziehungsweise regionalen Präferenz, und zwar über die Codes hinweg. Es gibt deshalb nicht für jeden materiellen Code einen sprachlichen Subcode, sondern die unterschiedlichen Sprechweisen „über Europa“ betten die materielle Ebene ein.

Im ersten Schritt werden die in den jeweiligen Codes gefundenen Sprachbilder visualisiert (siehe Tabelle 4). Dabei geht es allein darum, mit welchen Substantiven und Adjektiven die EU beschrieben wird. Wird in einer Fundstelle nicht *expressis verbis* etwas über die EU beziehungsweise ihre Institutionen selbst formuliert, wird diese auch nicht aufgenommen. Dadurch wird eine Überinterpretation verhindert, für die ein deutender Zugang umso anfälliger ist. In der Zuordnung halten wir uns möglichst streng an das geschriebene Wort. Lediglich wörtliche Wiederholungen fassen wir in einem Begriff zusammen. So wird etwa, wenn an mehreren Stellen in einem Wahlprogramm das Wort „bürokratisch“ oder „Bürokratie“ fällt, lediglich „Bürokratie“ notiert. Sprachbilder mit ähnlichem Sinngehalt werden optisch zusammengezogen, bleiben aber bis auf diese genannte Anpassung wörtlich bestehen, so dass unsere Deutung nachvollziehbar bleibt.

Bei der Untersuchung der Sprachbilder macht bereits der Blick auf die Verteilung deutlich, in welchen Themenbereichen die Parteien die EU, ihre Institutionen, Strukturen und Funktionen beschreiben. Alle Parteien setzen bei der Darlegung der Binnenstruktur der EU an. Auf sprachlicher Ebene zeigt sich dabei eine wesentliche Gemeinsamkeit, die in der Warnung vor einem vermeintlichen „Brüsseler Zentralismus“ liegt. In einem angepassten Verständnis können wir hier auf die Begriffe des „harten“ und „weichen“ Euroskeptizismus zurückgreifen.³¹ Der sprachliche „Härtegrad“ der Sprachbilder erscheint durchaus von den

31 Vgl. Paul Taggart / Aleks Szczerbiak, a.a.O. (Fn. 4).

Tabelle 4: EU-Sprachbilder in den Parteiprogrammen

	Freie Wähler	CSU	AfD	NPD
I Binnenstruktur der EU	Zentralistisch, aufgeblähter Apparat, überbordende, befremdliche Bürokratie Unverhältnismäßige Regelungen Intransparenz, Projekt der Eliten und Lobbyisten	Zentralistisch, Bürokratie Legitimationsdefizit Brüsseler Regulierungswut Aufblähung der EU-Apparate; Überregulierung Unnötige Kosten	Demokratiedefizit, Verschleierung, Vernebelung; Vertrags- und Rechtsbrüche, Fremdbestimmung Zentralismus, Dirigismus; Zwang von oben herab; bürgerferner Kunststaat, technokratischer Überstaat Bürokratischer „Sumpf“ Verantwortungslosigkeit; unnötige Gesetze Unberechtigte Privilegien Lobbyismus	Zentrale Planungsvorhaben, zentrale Lenkung Brüsseler Kommissarsregime Ideologie, ideologische Bevormundung, Kontrolle, Meinungslenkung, Zensur, Gesinnungskontrolle, Propaganda Bürgerferner, anonymer, intoleranter Superstaat, totalitärer Repressionsstaat, Überwachung, totalitäre Strukturen, zentralistischer, totalitärer Moloch, grenzüberschreitende, bürgerferne Super-Bürokratie mit totalitären Tendenzen
II Verhältnis zwischen EU und Mitgliedsstaaten	Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip, Eingriff in die kommunale Organisationshoheit EU-Gesetze gegen den Willen der Bürger	Einmischung, zentralistischer Durchgriff Aufblähung von Zuständigkeiten	Aneignung von Kompetenzen, ausufernde Bestrebungen, schlechende Kompetenzerweiterung Zentralismus, Zentralisierung Gleichmacherei Aushöhlung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten, Verlust unserer Souveränität, Entscheidungen gegen den Willen der Bürger Unausgeglichenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa	Vereinheitlichung Bevormundung und Kompetenzverlagerung
III Identität und Kultur			Schleichende EU-Erweiterung und -Vertiefung	Allen europäischen Traditionen zuwider laufende Wertewelt, verhängnisvoller Werterelativismus Bevölkerungsdezimierung, multi-kultureller Einheitswahn, raum- und kulturfremde Zuwanderermassen, Kniefall vor dem Islam Zukunftsfeindlichkeit, Irrwitz, Herbeihalluzinierung, Hysterie, gefährliche Abwege, desaströse Politik Verdrängung, Kampfansage an das heimische Brauchtum
IV Wirtschaft und Finanzen		Missbrauch unserer Sozialsysteme, Missbrauch der Freizügigkeit	Zentralismus Gleichmacherei Eurozentrische Nabelschau Vertragswidrige Finanzierung von Staatsschulden, Missbrauch der Geldpolitik Blinder Glaube an den Euro, Einheitseuro Aufbürden von Schulden, systematische Enteignung, Verschenken des Exportüberschusses, Umverteilungssystem, schädliche Gleichmacherei, Gefährdung des Wohlstandes Versagen der Währungsunion	Entfesselter Banken- und Marktliberalismus, gleichmacherischer Schuldensozialismus, wirtschafts- und währungspolitische Fesselung, Verschlingen des Volksvermögens, totalitärer Umverteilungsapparat Gigantischer Kapitalstaubsauger EZB Chronik des Versagens Zwangseinheitswährung Euro Aufbürdung von Haftungsrisiken Untergraben, Aushöhlen

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus den Europawahlprogrammen.

Freien Wählern über die CSU und AfD bis zur NPD gewissermaßen „anzusteigen“. Während die CSU ganz im Duktus einer Regionalpartei „so viel Europa wie nötig und so viel Bayern wie möglich“ fordert und folgerichtig konstatiert, dass „Nationen und Regionen zur Identität Europas [gehören]“, finden sich demgegenüber bei den Freien Wählern vor allem an der Funktionslogik der Institutionen aufgehängte Begriffe. Während die Freien Wähler und die CSU das „Aufblähen“ beziehungsweise „Überborden“ der Brüsseler „Bürokratie“ beklagen, zeigen sich bei der AfD drastischere Bilder („Sumpf“, „Zwang“, „Kunststaat“, „Überstaat“), die sich jenseits der Kritik am Status quo an Beschreibungen totalitärer Staaten anlehnen. Uns begegnet hier zum einen das Bild eines „Außen“, dessen Illegitimität im Bild des „Überstaates“ deutlich wird: Die EU ist darin abermals nicht supranationale Institution, sondern wird von den Mitgliedstaaten zugleich entkoppelt und ihnen als Bedrohung gegenübergestellt. Die Begriffe „bürgerfern“ und „undemokratisch“ münden dann zum anderen in den Appell an ein „Wir“, das dem Überstaat „gegenübertreten“ und ihn „stoppen“ muss. Die AfD ähnelt damit auf der Sprachebene der NPD in diesem Code stark; letztere wählt jedoch noch weitaus drastischere Formulierungen („totalitär“, „Moloch“, „Überwachung“). Wie stark man die Graduierung an dieser Stelle einschätzt, ist hier nicht von Bedeutung. Wesentlich ist, dass der „Härtegrad“ in diesem Feld eindeutig als Versprachlichung des vermeintlichen „Gefahrenpotenzials“ der EU in ihrem aktuellen Zustand verstanden werden kann. Während Freie Wähler und CSU sich zwar Stilmitteln rhetorischen „Überziehens“ bedienen („überbordend“), benutzen AfD und NPD Figuren, die die EU als bis auf den Einzelnen durchgreifende Bedrohung beschreiben. Die Gefahr, die von der EU angeblich ausgeht, ist damit in zweifacher Hinsicht „total“: einerseits in ihrer Binnenstruktur, andererseits in ihrem Verhältnis zu den Bürgern.

Ähnliche Muster sind auch im nächsten Themenfeld anzutreffen: dem Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten. Hier lässt sich ebenfalls ein klarerer Anstieg zwischen Freien Wählern und CSU ausmachen. Erstere bemängeln „Eingriffe“ und „EU-Gesetze gegen den Willen der Bürger“. Auf der Sachebene ähneln sie der CSU. Diese jedoch wählt eine drastischere Sprache, indem sie vor „Einmischung“ und „zentralistische[m] Durchgriff“ warnt, während die Zuständigkeiten der EU „aufgebläht“ würden. Das weist auf eine in der Sprache viel stärkere Verteidigungshaltung hin, die – im Falle der CSU – vor allem die subnationalen Strukturen (Bayern) vor einem Zugriff der Europäischen Union schützen will. Klarer noch zeigt sich dieses Szenario bei der AfD. Hier stehen Bilder, die den europäischen „Zentralismus“ als Bedrohung der Souveränität der Mitgliedstaaten zeichnen, im Mittelpunkt. Abermals bleibt es nicht bei einer kritischen Beschreibung des Status quo auf der Sachebene, sondern die AfD wählt Begriffe, die die Entwicklung der EU in die Nähe der Verschwörungstheorie rücken („schleichende Kompetenzerweiterung“). Somit wird die Legitimation der EU und der handelnden Eliten, ohne es zu konkretisieren, ganz grundlegend infrage gestellt.

Im Feld Identität und Kultur finden sich EU-Sprachbilder im eingangs definierten Sinne nur bei AfD und NPD. Während die AfD vor der „schleichenden“ Erweiterung und Vertiefung warnt, nutzt die NPD das Themenfeld zur Verbalisierung der Bedrohungslage. Ihr geht es dabei weniger um die Gefährdung staatlicher und subnationaler Souveränität, sondern vor allem um „Werte“, „Brauchtum“ sowie die „Bevölkerung“, die sie der „Dezimierung“ anheimfallen sieht. Die Adjektive, mit denen die NPD die EU und ihre Politik bedenkt, zeichnen diese als stark und schwach zugleich: schwach gegenüber der „Masseneinwanderung“ von „Fremden“, die zugleich als zweite externe Bedrohung gegenüber „den

Völkern“ auftreten; stark in ihrer Machtposition gegenüber eben jener Bevölkerung. Die EU wird hier zur Komplizin der „Fremden“: Einem „multikulturellen Einheitswahn“ verfallen, macht sie mit der Bedrohung praktisch gemeinsame Sache; die Stärke der Begriffe („Wahn“, „Dezimierung“, „desaströs“) illustriert, dass es sich hier um eine existenzielle Gefahrenlage für das Volk selbst handeln muss.

Auch in den Fundstellen im Feld Wirtschaft und Finanzen setzt sich die Verwendung dieser Sprachbilder fort. Die beiden bei der CSU verwendeten Bilder von „Missbrauch“ beziehen sich auf die wirtschaftspolitische Praxis der EU. Jene von AfD und NPD ähneln sich darin, der EU Strukturen und Praxen zu unterstellen, die man als „scheiternde Totalitarismen“ apostrophieren kann. Die Bilder sind, was den „totalitären“ Gehalt angeht, den Fundstellen in den anderen Feldern ganz ähnlich. Dabei allerdings wird die wirtschaftsliberale Position der AfD deutlich, die von „Enteignung“ spricht und vor dem „Einheitseuro“ warnt. Im Vergleich dazu erscheint ein Begriff wie „gleichmacherischer Schuldensozialismus“ zwar auch bei der NPD; im Wesentlichen fasst diese aber vor allem eine kapitalismuskritische Haltung in Sprache.

Mit Blick auf die Gesamtheit der sprachlichen Codes fallen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Parteien deutlich ins Auge. Die AfD und die NPD ähneln sich deutlich in der Beschreibung der EU als „totalitär“: Ihre Binnenstruktur wird als undurchsichtig, nicht legitimiert, undemokratisch gezeichnet. Die EU erscheint dadurch bedrohlich. Der Unterschied liegt nun darin, auf wen sich diese Bedrohung richtet. Nur vordergründig und auf der materiellen Ebene (siehe Abschnitt 3.1.) handelt es sich dabei um den Nationalstaat. Die von der AfD ausgesprochenen Warnungen vor „Enteignung“, „Gleichmacherei“ und „Umverteilung“ beziehen sich vor allem auf den (deutschen) Steuerzahler, können also als Ausdruck einer wohlfahrtschauvinistischen Haltung interpretiert werden. Ganz ähnlich formt die NPD aus der Beschreibung der EU-Institutionen als totalitäres Staatsgebilde eine andere Bedrohungslage: Deren Adressat ist nicht der Bürger, sondern das ethnisch definierte Volk, dessen Existenz selbst die Partei durch das Handeln Europas insbesondere in der Zuwanderungs- und Familienpolitik in Gefahr sieht.

3.3. Eine heuristische Matrix des deutschen Euroskeptizismus

Blickt man auf den sprachlichen „Härtegrad“ der EU-Kritik und die inhaltlich-argumentativen Schlüsselstellen der einzelnen Wahlprogramme, wird deutlich, dass der deutsche Euroskeptizismus in differenzierter Form in Erscheinung tritt. Die Parteien bewegen sich zwar in denselben Themenfeldern, ihre Problemdiagnosen und Forderungen hingegen sind ideologisch höchst unterschiedlich eingebettet (siehe Tabelle 5): Die Freien Wähler stellen auf Fragen der kommunalen Selbstverwaltung und der Partizipationsrechte ab; der CSU geht es um die Autonomie Bayerns, die durch Bürokratie und Überregulierung bedroht wird; die AfD will die währungs- und fiskalpolitische Souveränität Deutschlands wiederherstellen, und die NPD tritt in Frontstellung zur EU, weil sie um die Vielfalt, Freiheit und Zukunft der europäischen Völker fürchtet.

Die Instrumente, mit denen die Parteien ihre Ziele erreichen wollen, ähneln sich allerdings: Eingeschränkt werden soll der Einfluss der EU durch die Rückführung von Kompetenzen, institutionelle Gegengewichte, zum Beispiel den Ausschuss der Regionen oder einen Gerichtshof, der das Handeln der EU-Organe kontrolliert und nationale Korrekturen,

etwa Vetorechte der mitgliedstaatlichen Parlamente. Auch die Forderung nach einem Mehr an direkter Demokratie, so wie sie von Freien Wählern, CSU und AfD geäußert wird, geht in diese Richtung. Dabei machen sich die Parteien immer dann für die unmittelbare Einbeziehung der Bürger stark, wenn sie sich davon einen retardierenden Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess versprechen. Die NPD bildet da keine Ausnahme. Ausdrücklich fordert sie ein Referendum über die Auflösung der Währungsunion. Im Gegensatz zu den anderen Parteien verzichtet sie aber darauf, weitere Einzelreformen anzuregen. Sie bringt der EU so viel Abneigung entgegen, dass für sie ohnehin nur eine Lösung in Frage kommt: die Umwandlung der EU in einen lockeren Staatenbund.

Vergleicht man die Gefahrenlagen, auf die die Parteien aufmerksam machen und setzt diese in Beziehung mit den verschiedenen Vorstellungen einer „idealen“ EU sowie dem

<i>Tabelle 5: Heuristische Matrix des deutschen Euroskeptizismus</i>				
	Freie Wähler	CSU	AfD	NPD
Zentrales Bild der EU	EU als Projekt der Eliten und Lobbyisten	EU als Projekt der Eliten und Führungsebenen	EU als technokratischer Kunst- und Überstaat	EU als bürgerferner, zentralistischer und totalitärer Moloch
Gefahrenlagen	Mangel an Partizipation und Transparenz Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung	Zentralismus, Bürokratie, Überregulierung Aufblähung von Zuständigkeiten	Zentralismus, Bürokratie, Dirigismus Kosten der Eurorettung, Fehlkonstruktion der Währungsunion Schleichende Kompetenzerweiterung	Wirtschafts- und währungspolitische Fesselung Deutschlands Überfremdung, Zerstörung der europäischen Identität und Kultur Überwachung, Gesinnungsgängelung, Aushöhlung der Freiheitsrechte
Korrektive und Gegengewichte	Mehr Zuständigkeiten vor Ort Ausschuss der Regionen Nationale und regionale Parlamente Volksentscheide über europapolitische Fragen Verkleinerung der Kommission, Reduzierung des EU-Spitzenpersonals Imperatives Mandat der Bundesregierung bei Abstimmungen im EU-Ministerrat Starke Kommunen und Regionen	Kompetenzgerichtshof Ausschuss der Regionen als Subsidiaritätswächter Nationale Parlamente Volksentscheide über europapolitische Fragen Verwaltungsreform, Verkleinerung der Kommission Umbau der Kompetenzordnung Ein starkes Bayern	Subsidiaritätsgerichtshof Vetorecht der nationalen Parlamente Volksentscheide über europapolitische Fragen Bürgerveto Auflösung oder vollständige Neuordnung der Währungsunion Vetorecht der Nettozahler Ein starkes und selbstbewusstes Deutschland	Volksabstimmung über den Euro und die Rückkehr zur DM Auflösung der Währungsunion Umwandlung der EU in einen kooperativen Staatenbund, andernfalls Austritt Deutschlands aus der EU
Idealbild der EU	EU der Bürger, Kommunen und Regionen	Ein Europa, das Länder und Regionen respektiert	EU der souveränen Staaten	Bund souveräner Staaten, ein Europa der freien Völker
Quelle: Eigene Zusammenstellung.				

Tabelle 6: Formen des deutschen Euroskeptizismus

	Nicht-nationalistische Varianten		Nationalistische Varianten	
Form des Euroskeptizismus	bürgerschaftlich-partizipatorisch	regional-autonomistisch	national-fiskalisch	völkisch-identitär
Partei	Freie Wähler	CSU	AfD	NPD
Quelle: Eigene Darstellung.				

sprachlichen „Härtegrad“ der in den Wahlprogrammen vorgebrachten Kritik, lassen sich zwei Grundformen des Euroskeptizismus mit jeweils zwei Ausprägungen identifizieren (siehe Tabelle 6).

Nicht-nationalistische Varianten: Hierbei handelt es sich um Formen des Euroskeptizismus, bei denen der EU nicht die Nation als Trägerin legitimer Souveränität gegenübergestellt wird, sondern subnationale Ebenen. Dabei geht es entweder vor allem um die Kommunen, in denen ein direkter Bezug zu den Bürgern und damit politische Legitimation auch in der Europapolitik vermutet wird (bürgerschaftlich-partizipatorischer Euroskeptizismus), oder um die regionalen Gliederungen, mithin die föderalen Gliedstaaten (regional-autonomistischer Euroskeptizismus). Die EU wird nicht in Gänze, sondern nur partiell als Bedrohung betrachtet, etwa in ihrer „zentralistischen“ Struktur oder zu weit reichenden Kompetenzen. Die erste Variante findet sich im Wahlprogramm der Freien Wähler, die zweite in dem der CSU.

Nationalistische Varianten: Hier steht der EU der Nationalstaat als einzige zur politischen Souveränität legitimierte politische Körperschaft entgegen. Die EU ist in dieser Form des Euroskeptizismus kein supranationales Gebilde, sondern trägt Züge eines gegnerischen – vielleicht „feindlichen“? – Staates. Diese Varianten prägen die Wahlprogramme von AfD und NPD. Bei der AfD (national-fiskalischer Euroskeptizismus) kapriziert sich die Präferenz für den Nationalstaat auf die Fiskalpolitik, die sie als wesentliches Moment souveräner nationaler Politik ansieht. Bei der NPD (völkisch-identitärer Euroskeptizismus) ist die Nation mit einer jeweils spezifischen kulturellen Identität assoziiert, die es gegen Eingriffe der EU zu verteidigen gilt.

4. Fazit: Euroskeptizismen anstatt Euroskeptizismus

Der Begriff des Euroskeptizismus ist sowohl in der Forschung als auch im öffentlichen Diskurs etabliert. Bislang konnte er aber nicht zufriedenstellend definiert und von anderen Formen, Kritik an der EU zu üben, abgegrenzt werden. Um eine inhaltliche Konzeptualisierung vorzunehmen, die die Ablehnung der EU, ihrer Institutionen und ihres Handelns mit dem ideologischen Charakter der politischen Parteien in Verbindung bringt wurden die Programme untersucht, mit denen die deutschen Parteien in den Europawahlkampf 2014 gezogen sind. Dabei konnten mit dem nationalistischen und dem nicht-nationalistischen Euroskeptizismus zwei Varianten destilliert werden. Ihre Unterscheidungsmerkmale liegen einerseits in der Frage, ob sie der EU den Nationalstaat beziehungsweise die Nation oder subnationale Körperschaften als Trägerinnen legitimer Souveränität entgegenstellen, zum anderen darin, ob sie die EU als Ganzes oder nur teilweise ablehnen. Beide Spielarten verfügen über je zwei Untertypen: Bei der nicht-nationalistischen Variante des deutschen Euroskeptizismus kann eine bürgerschaftlich-partizipatorische (Freie Wähler) und eine regional-autonomistische

Ausprägung (CSU) unterschieden werden, die nationalistische untergliedert sich in eine national-fiskalische (AfD) und eine völkisch-identitäre Form (NPD).

Von besonderer Bedeutung ist der Befund, dass unterschiedliche ideologische Ausrichtungen von Parteien auch unterschiedliche Formen des Euroskeptizismus prägen. Mit anderen Worten: Es ist irreführend, von „dem“ Euroskeptizismus zu sprechen. Vielmehr ist es mit Blick auf die Parteien sinnvoller, den Begriff im Plural zu verwenden und fortan von „Euroskeptizismen“ zu reden. Sie alle verbinden ihre Kritik an der EU mit der Forderung nach nationalen oder subnationalen Korrektiven. Die ideologischen Hintergründe der Anti-EU-Haltungen weisen dabei aber, wie gezeigt, deutliche Unterschiede auf. Abschließend muss erwähnt werden, dass es sich bei der hier vorgestellten Klassifizierung lediglich um einen ersten Ansatz der Theoriebildung mit noch begrenzter Reichweite handelt. Ihr Sinn liegt – der Logik induktiv-qualitativen Arbeitens folgend – darin, die konzeptionelle Debatte über den Euroskeptizismus aus einer empirisch informierten Warte heraus neu zu beleben. In weiteren Studien müsste geprüft werden, ob sich die herausgearbeiteten Formen bei den nächsten Europawahlen bestätigen. So könnte man zu einer Weiterentwicklung der Typologie des Euroskeptizismus gelangen und vergleichende Arbeiten anregen.

Symbolisch oder echt? Die politische Beteiligung junger Erwachsener in Deutschland online und offline

Claudia Ritzi und Aiko Wagner

Die politische Beteiligung der Bürger¹ zählt zu den Grundfesten der Demokratie, weshalb der Verzicht einer wachsenden Zahl von Menschen auf die Nutzung politischer Partizipationsangebote heute eine ihrer größten Herausforderungen darstellt.² Problematisch ist eine solche Entwicklung insbesondere dann, hier sind sich beinahe alle demokratietheoretischen Schulen einig, wenn nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen politisch abstinente sind, sondern sich sozio-ökonomische Ungleichheit in politische Ungleichheit übersetzt. Wie die Partizipationsforschung umfassend dokumentiert hat, ist jedoch genau dies in Deutschland und anderen OECD-Staaten in den letzten Jahren der Fall gewesen: Die Nutzung vor allem konventioneller politischer Partizipationsangebote ist rückläufig und durch ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet, wobei vor allem Bürger mit einem hohen Bildungsgrad und/oder Einkommen von den Partizipationsmöglichkeiten Gebrauch machen.³ Auch die Stärkung direktdemokratischer Instrumente konnte keine Abhilfe schaffen; sie scheint vielmehr sogar dazu zu

1 In diesem Beitrag wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist – wo nicht anders beschrieben – selbstverständlich immer mit eingeschlossen.

2 Vgl. *Wolfgang Merkel*, Die Herausforderungen der Demokratie, in: *ders.* (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015, S. 7 – 42.

3 Vgl. *Armin Schäfer*, *Der Verlust politischer Gleichheit*, Frankfurt am Main 2015; *Britta Baumgarten* / *Dieter Rucht*, Die Protestierenden gegen „Stuttgart 21“ einzigartig oder typisch?, in: *Frank Bretschneider* / *Wolfgang Schuster* (Hrsg.), *Stuttgart 21*, Wiesbaden 2013, S. 97 – 125.